

Woffische



Zeitung

10 Pfennig

Gegebenst

1704

Mit **Kurszettel**

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Ostendestraße, Georg-Bernhard-Veranst.
Redaktion: Am Sandhofstraße: Carl Mischel, Berlin, Ullstein.
Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehr-Zentrale Ullstein in Amt Döberl (A) 3000-3005
für den Fernverkehr Amt Döberl 3008-3009. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 6497.

Blutige Staatsfeier in Ugram

Behn Jahre Südslavien

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

* Ugram, 1. Dezember

Der heutige schmerzliche Staatsfeierling in Ugram blutig verlaufen. Die bürgerlich-demokratische Koalition hat gegen die offiziellen Feiertagsfeierlichkeiten zur passiven Weigerung aufgerufen.

Am Vormittag wurden in allen Schulen Vorträge über die Bedeutung des Tages gehalten, doch drangen in alle Mittelschulen Universitätsstädter ein und zerstreuten die Anwesenden. Inzwischen hatten drei unbekannte Personen auf der Domstraße drei große schwarze Fahnen gehißt. Die Polizei holte die Fahnen herunter und verhaftete die Jünglinge.

Auf dem Wege zur Polizei kam es wenige hundert Schritt weiter auf dem Jellachitschplatz zu einem Versuch der Wende, die Verhafteten zu befreien. Auf beiden Seiten wurde geschossen. Vier Personen wurden verletzt, darunter ein Polkist und ein Demokrat. Lebensgefährlich. Der Polkist und der schwer verletzte Demokrat sollen schon gestorben sein. Die Polizei und die Sozialisten verweigern jede Auskunft.

In der Stadt wurden sofort große Gendarmen- und Polizeikontingente aufgestellt, die mit ausgelegtem Bajonet die Ordnung aufrechterhalten. Die Stimmung ist außerordentlich erregt. Man befürchtet für heute größere Zusammenstöße.

„Reiz“ gibt folgende Darstellung der heutigen blutigen Ereignisse: Um 9 Uhr vormittags, gerade in dem Augenblick, als vor der Domstraße die Ehrenkompanie aufzog und die Betreuer der Behörden sich in den Dom begaben, erschienen auf der ersten Galerie der Domstraße zwei junge Männer, die dreifarbige umfalte kroatische Fahnen ausjagten. Auf der und auf anderen Stand das Datum: „20. Juni 1928“ (Todestag Sabitsch), auf der zweiten „1. Dezember 1918“ (Datum der Vereinigung), und auf der dritten „12. Dezember 1918“ (Jahrestag der großen blutigen Demonstration gegen die Serben am Jellachitsch-Platz, wobei vierzehn Personen den Tod fanden).

Als diese Fahnen sichtbar wurden, gerieten die Generale und offiziellen Persönlichkeiten in größte Erregung. Es wurde Gendarmen herbeigerufen. Die Manifestanten, die die Fahnen hielten, erschienen unter dem Vorwand der Kirche und brachten die Fahnen auf Stefan Sabitsch, das freie Kroatien, Dr. Batsch und

Generol Tribitschitsch aus. Diese Aufe fanden in der verarmten Volksmenge ein stürmisches Echo.

General Betschich zog seinen Säbel und rief der Ehrenkompanie das Kommando zu „Rekognait an!“ Was die anderen Offiziere gegen die Säbel zog gingen gegen die Manifestanten die Jünglinge, die die Fahnen gehißt hatten, werden verhaftet. Als sie abgeführt wurden, entstand ein Schießerei, in deren Verlauf vier Personen schwer verletzt und zwei getötet wurden, unter ihnen ein Polkist.

Beruhigung im Industriegebiet

Die Revierkonferenzen am Sonntag

In Industriegebiet ist die Meinung, daß die Ausperrung in der Selen-Industrie am Montag beendet werden wird, heute erheblich zweifelhafter. Die überwiegende Auffassung geht dahin, daß auch die Revierkonferenzen der freien Gewerkschaften sich mit der Unterwerfung unter einen Schiedsspruch des Reichsinnenministers Geering einverstanden erklären werde, vor allem aus Rücksicht auf die Person Geerings selbst. Dazu kommt, daß die Christlichen und Christ-Veränderigen Gewerkschaften sich auf die Annahme des Vermittlungsverfahrens bereits schickig haben. Auch in Berlinern parlamentarischen Kreisen glaubt man an das Gelingen der Vermittlungskonferenz.

Die Arbeitgeber erklären

Der Arbeitgeberverband Nordwest nicht den Vorschlag, den er durch Annahme des Regierungsverfahrens erlangt hat, durch eine Erklärung aus, die lautet:

„Nachdem das Reichsministerium im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten Bergemann wegen der mitwirkenden Auswirkungen des Klientenkonflikts auf die deutsche Wirtschaft Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zur Erörterung der Frage, ob und in welchem Sinne sich eine Vermittlungskonferenz zur baldigen ergebnisreichen Erledigung des Konflikts einleiten ließe, nach Berlin gerufen hatte, haben die Arbeitgeber es für eine Selbstverständlichkeit gehalten, diesem Rufe Folge zu leisten.“

Sie stimmten der Aufforderung des Herrn Reichsministers darin zu, es sei bei der jetzigen Lage und damit der Unmöglichkeit einer unmittelbaren Verständigung zwischen den Parteien geboten, daß sich beide Seiten der Autorität einer mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Reichs vertrauten Persönlichkeit als neutralen Schiedsrichters fügen. Die Arbeitgeber glaubten, diese Stellungnahme unumkehrbar beantwortet zu können, als nach dem Wunsch des Reichsministers der Schiedsrichter die von ihnen mit Beifried angebotene Durchführung der Verständigung des Reichs nunmehr vornehmend und zur Grundbedingung seiner Entscheidung machen wird.

Auch in der schwierigen Frage der Ausübung dieses Schiedsrichters haben die Arbeitgeber nachgehende Bedenken gegenüber den Vorschlägen des Reichsministers, Herrn Reichsministers Geering mit dieser Aufgabe zu betrauen, zurückgekehrt. Sie konnten dies am 10. aber als hierdurch erneut der Beweis erbracht wird, daß die in der Öffentlichkeit vielfach verbreitete Ansicht, der Arbeitskampf bei Nordwest nicht die gegen die gegenwärtige Regierung oder gegen die Staatsautorität, eine durchaus unrichtige Unterstellung sei. Die Arbeitgeber verbleiben vielmehr durch die Annahme des vom Reichsminister gemachten Vorschlags auf der Seite von dem verfallenen Unie, die freitragenden Arbeitsbedingungen ihrer Werte nur unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage des reichsweit-westlichen Bezirks gerecht zu haben.“

Faschisten-Sturm gegen Frankreich

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

* Rom, 1. Dezember

Nicht nur in Rom, sondern auch in anderen italienischen Städten hatte der Urteilsspruch des Pariser Gerichtshofes auf aufrüttelnde Demonstrationen geführt, aber daß es zu ersten Zusammenstößen gekommen sind. In Rom bildeten die Rumbewegungen den Vormittag über an, wobei die Studenten mehrmals verhaftet, bis zum Platz große vor die französische Botschaft zu gelangen. Vier vor ein großer Polizeikommando aufgestellt. Auf die fälschliche Gestandtheit ist bemerkt. Die Demonstranten riefen unzufrieden: „Rieber mit Frankreich. Tod für Frankreich! Es lebe Italien!“ Vor dem Ballon des fälschlichen Vortriffsretorikanten haben die Studenten applaudiert, bis der Generalretorikant Zurath am Ballon erstickt. Dieser beständigt sich aber darauf, die Menge mit der mörderischen Grube zu begründen. Die Demonstranten begaben sich dann zum Grabe des Unbekannten Soldaten, wo sie den Schmarz erneuerten, jederzeit bereit zu sein. Die Wälder fordern die Frontampier auf, die im Krieg errangenen französischen Aufschneidungen zurückzuführen.

Auf ein aus Rom vom Zentralverband der faschistischen Studenten ausgegebenen Informationskommando haben auch in einigen oberitalienischen Universitätsstädten Protestkundgebungen: Der Studenten gegen den Urteilsspruch der Pariser Geschworenem im Prozeß Marinis ausgegeben. In der ersten Universität zu Padua wurde die Protestversammlung in Universitätsklub abgehalten. Ebenso wird ein Studentenmangel aus Neapel gemeldet, wo die Rumbewegungen einen ausgedehnten Kundgebungscharakter annehmen. Es wurde auch ein Sturmangriff auf das französische Konsulat verübt, aber die Polizei hat die Demonstranten juristisch. In Bologna hat der Oberleutnant der Polizei Ramponi dem Präsidenten der französischen Revolution mehrere durch seine Teilnahme an den Kämpfen an der Spitze verlorbenen Auszeichnungen, darunter den Ritterorden der Ehrenlegion, zurückgeführt. Die Abkündigung „Sera“ verheißt unter dem Titel: „Das ewig feindliche Frankreich“ einen großen Segensartikel.

Tyrell in London

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

who London, 1. Dezember

Gestern fand eine ausführliche Aussprache zwischen Außenminister Chamberlain und dem englischen Botschafter in Paris Sir William Tyrell über den Stand der Reparationsfrage statt. Nach der Aussprache soll den englischen Auslandsvertretern noch einmal von London aus mitgeteilt werden sein, daß die englische Regierung in Bezug auf die Form der Einsetzung der Schuldverbindungen und in anderen wichtigeren Fragen, die der materielle Regelung der Reparationsfrage nicht vorliegen, keinen beträchtlichen Standpunkt einnehmen, sondern sich jeder vernünftigen Lösung, die von den Alliierten oder Deutschland vorgeschlagen werde, angeschlossen könne. Sir William Tyrell läßt heute in Baldwin nach Chequers, wo er das Wochenende verbringen wird.

Botschafter Radolny in Berlin

Der deutsche Botschafter in der Türkei, Radolny, ist heute in Berlin eingetroffen. Es ist vor einigen Tagen berichtet worden, daß die deutsche Botschaft, die bisher in Konstantinopel ihren Sitz hatte, jetzt nach Angora verlegt wird. Die telegraphische Verbindung Radolnys nach Berlin ist durch die Notwendigkeit einer Aussprache über türkische Fragen veranlaßt worden. Der Botschafter wird in einigen Tagen direkt nach Angora zurückreisen. Radolny wurde heute mittig von Reichsaussenminister Dr. Stresemann empfangen. Es ist letzteres Wissens die erste Begrüßung zwischen dem Außenminister und dem Botschafter in Angora. Wir wissen nicht, ob es in anderen Ländern vorkommt, daß der neuernannte Leiter der Außenpolitik einen Botschafter, der auf wichtigem Posten sich befindet, noch mehr als fünfzigjähriger Amtsdauer nicht zu sehen bekommen hat.

Radolny ist vor einigen Wochen unmittelbar nach dem Tode Herzogin-Banhaus allerdings längere Zeit in Berlin gewesen, und es hieß damals, daß er Anwärter für den freigewordenen Posten in Moskau sei, für den jetzt Dr. v. Dierken ernannt worden ist. Eine Parlamentarier zwischen dem Botschafter und dem Reichsaussenminister, der in Baden-Baden sich aufhielt, ist damals nicht erfolgt.

Ein Deutscher wegen Spionage verurteilt

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

* Paris, 30. November

Das Landesgericht in Belfort verurteilte heute den deutschen Staatsangehörigen Josef Steinbrunner aus Freiburg i. B. wegen Spionage zu drei Jahren Gefängnis und 50 Franken Geldstrafe. Steinbrunner soll militärische Räder, Mobilisationsverordnungen, sowie Pläne der Stellung Belfort und Zeichnungen eines neuen Infanterieregiments und einer neuen Gasmaske zu verhehlen verurteilt haben.

Schiedsvertrag zwischen Warschau und Budapest

Nachrichtendienst der „Woffischen Zeitung“

ihl Warschau, 1. Dezember

Der ungarisch-polnische Schiedsvertrag, zu dessen Abschluß der ungarische Außenminister nach Warschau kam, wurde gestern nachmittag hier unterzeichnet. Im Zeitungsdruck und Presseverlegungen erklärte der ungarische Außenminister dazu, daß es sich eigentlich des fehlens ungarisch-polnischer Streitfragen um einen symbolischen Akt handle, der die guten Beziehungen der beiden Länder bestätigen sollte.

Breupfisch-Hamburgische Verständigung

Die Rationalisierung des Interrelbegebietes

Von Paul Rudolf Singer, Reichsleiter der „Wollischen Zeitung“

Hamburg, 30. November

Schon aus der Vorzeit, mit welcher der bereits fast längerer Zeit in Aussicht genommene Besuch des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns in Hamburg, der nunmehr am 3. und 4. Dezember stattfinden wird, vorhersehbar war, wird es sich erheben, daß man in Preußen wie in Hamburg darüber klar geworden ist, der Besuch könne keine reelle Verständigung sein, sondern bedeute den Anfang einer neuen Periode der Beziehungen zwischen Preußen und Hamburg. Seit Monater bereits hat eine sehr bestimmt geführte Fühlungsnahme in der sogenannten Groß-Hamburgfrage, die das ganze Unterelbegebiet in sich schließt, stattgefunden.

Es hat sich also für uns, die wir schon fast Jahren für eine Verständigung zwischen Preußen und Hamburg eingetreten sind, als richtig erwiesen, daß diese Dinge in dem bisherigen Stadium nach allen Vorangekommenen mit äußerster Zurückhaltung behandelt werden müssen, um nicht die endlich in Gang gekommene Diskussion zu gefährden. Erst in den allerletzten Tagen sind die Verhandlungen so weit gekommen, daß man jetzt klar und offen über das, was ist und sein muß, sprechen darf.

Wenn man sich über die bisherigen Verhandlungen klar werden will, so muß festgehalten werden, daß seit einem Menschenalter etwa die Hamburger schon den Zeitpunkt kommen lassen, in dem die Ausdehnung des Hamburger Gebietes sich auf das preussische Gebiet erstrecken müßte. Preußen hat sich in der letzten Zeit gegenüber in allen territorialen Fragen erwidert, zumal Hamburg bei seiner Raumnot keine Gegenstände hat bieten können. Von einem Gebietsaustausch kann keine Rede mehr sein, trotz aller beherrschenden Gerichte. Aber es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß schon viel verflumt worden ist.

Der Hamburger Hofen hat sich in einer Ausdehnung von nicht weniger als 15 km. am Südostrand entlang in seiner Vögelungsabgrenzung ausgedehnt, obwohl er nicht ein einziges Stück Land ausbauen kann. Einzigartig wirtschaftliches Zentrum, die Höhe, das Kapital, Naturgegebenheiten wären. An die Höhe haben sich die großen Geschäftsbetriebe, wobei eine mittlere Organisation fehlt und andere Betriebe, die an den großen Strom, der zum Weltmeer führt, gehört hätte, nur dort entlang liegen. Auch in die großen Häfen hat man Einrichtungen plantiert, die dort eigentlich nicht zu finden haben. Man hat ferner in dem Gebiet die Förderung der Eisenindustrie, auf Eisenbahn, auf Kohle, die für den Hafen rational wäre, Wohnhäuser gebaut, die ihre Einwohner nicht befriedigen konnten und auch dem Bedürfnis gesunder Arbeiterbefriedigung nicht entsprechen, die aber andererseits auch eine Dummung für bestimmte Teile des Hofens bedeuten.

Wenn man eine gründliche Befichtigung der Hamburger Dörfer vornimmt, so sieht man, daß das gesamte wirtschaftliche Leben an den Grenzen des hamburgischen Stadtgebietes abfließt, daß viele Dörfer jenseits dieser Grenze langsam in Abgang kommen und bemerken, daß diese ganzen Gebiete niemals einheitlich ausgenutzt werden sind.

Als die Groß-Hamburg-Bewegung, die wir 1911 zuerst der Öffentlichkeit zum Bewußtsein brachte, nach dem Reize wieder ins Rollen kam, hat man das Problem so behandelt, als ob es in Deutschland überhaupt keine Grenzen gäbe. Aber eine Lösung in dieser Richtung war nicht möglich, weil die ganze innere Gliederung des Reiches entgegenstand, durch die keine einzelne Stadt genügt war, wenn sie auch schon mit Mächtig auf die eigene Ebene aufrechtzuerhalten. Das Reich hat sich der Aufgabe, so sich aus eine Lösung des Problems zu fördern, auf Grund des Artikels 18 der Verfassung, von dessen Bundesratskompetenz man heute allgemein überzeugt ist, vergeblich unterzogen. Auch in dem von sich gebildeten Ausschuss hat sich ergeben, daß sich der bisherige Artikel nicht anfangen läßt. Auch durch Veränderung von Umständen ist man nicht weiterkommen, und der damalige Reichsminister des Innern, Reich, hat sich daran überzeugt, daß man beiden Parteien nur gut zuzureden könne, sich zu einigen; mehr nicht.

Aber nachdem das Reich nicht weiter tun konnte, ist man doch in Preußen und in Hamburg zu der Überzeugung gekommen, daß man direkte Verhandlungen wieder antauchen müßte, die vor 25 Jahren mit dem bekannten negativen Ergebnis auseinanderfielen. Bei der Beurteilung der weiteren Entwicklung der Dinge darf man nicht vergessen, daß die Festsetzung der Verfassungswirkung verhängnisvoll war, daß durch die Ratifizierung der Reparatorenverträge und die Auswirkung unserer Kapitalmarkt sich grundsätzliche Veränderungen in den Verhältnissen auf die Entwicklung der Häfen in den nächsten Jahrzehnten herausgebildet haben.

Hamburg hat sich dann mit aller Kraft auf seine bedeutenden Seehafenverhältnisse, insbesondere auf der westlichen Elbinsel mit Altona, geworfen, geworden ist die Insel über die Festsetzung, die erst durch die Inselgesetz von 1910 wurde durch die preussische Reichsregierung verweigert. Finanziert wurde die Bahn an die Reichsbahn und durch einen Tunnel unter dem Eisernen „Röhrenbrunn“ an den Automobilverkehr durch den Hafen erschlossen werden müssen.

Wenn die bevorstehenden Verhandlungen schon früher in Gang gekommen wären, so hätte man wahrscheinlich andere Dispositionen können, und das wäre hinsichtlich der Fernbahn nach 300 km. Richtung gewesen. Es ist doch der Vorteil, daß man in Hamburg einen zentralen Punkt hat, und schon für die nächsten Jahre muß man für die weiteren Aufklärungsarbeiten die Kosten auf 100 bis 120 Millionen schätzen.

Die Entlohnungen, die Preußen mit dem Ausbau eigener Fabrikanlagen gemacht, waren sehr lehrreich, und die Aufwendung vieler Millionen, die es in die Arbeit hineingesteckt hat, haben es wieder erkennen lassen, daß der Ausbau eines zentralen Entwicklungszentrums im Nordelbegebiet, wobei organisch nach Entwicklungslinien zu sein. Es hat sich gezeigt, daß die Konstruktion

zwischen zwei Befehlgebieten etwas Ungeduldes darstellt, und daß nur die einheitliche Organisation der Häfen auf einer rationalen Ausnutzung führen kann. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorzusagen, daß die Verdrängungen, die im Mittelland wieder aufgenommen werden, die Lösung dieser Aufgaben, den wichtigsten Programmpunkt darstellen.

Kein Zweifel ist es, daß es weiter Strecke in Hamburg gibt, die sich innerlich klar dagegen einstellen, daß Hamburg sich in seiner Verfassungsfreiheit durch irgendwelche Abmachungen beschränken läßt. Daß aber solche Abmachungen ohne Belassung Hamburgs zu erzielen sind, ist kaum anzunehmen. Hier muß der weitere Will der Hamburger Kaufmannschaft erwiesen. Sie muß erkennen, daß nur durch die Zusammenfassung aller Kräfte im Hafen

Die Erleichterung der Ehescheidung

Beratung im Reichstage

Im Reichstage wurde heute die Debatte über die Erleichterung der Ehescheidung fortgesetzt.

Dr. Ebermann (Dem.): Ehescheidungsrecht, das juristische Bewußtsein des Reichstages, hat schon bei der letzten Beratung darauf hingewiesen, daß die Bewegung zur Vervollständigung des Ehescheidungsrechtes nicht zur Ruhe kommen wird. Seit Jahren bemüht sich die demokratische Fraktion, die notwendige Reform herbeizuführen. Gerade aus Gründen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit ist eine Verbesserung des Ehescheidungsrechtes notwendig. Die Hauptfrage ist, daß neben dem Verfallungsrecht auch das Trennungsrecht anerkannt wird. Sehr ernst muß auch das Problem geprüft werden, ob nicht bei bedauerlichem Einverständnis ohne gerichtliche Feststellung der Berechtigung mit ihrem persönlichen Einverständnis die in intimen menschlichen Beziehungen eine Ehescheidung ermöglicht werden soll.

Das ist der einzige Weg, um die „Idamose Selbsthilfe“, wo der Ehescheidungsrecht, das heute in vielen Fällen aufgeführt wird, wenn beide Ehegatten die Ehescheidung wollen.

Bei jeder Verbesserung des Ehescheidungsrechtes ist aber mit dem Wichtigen die Regelung der vermögensrechtlichen und familienrechtlichen Folgen. Es müssen hier scharfe Regeln zum Schutz für Mutter und Kind erlassen werden. Die heutige Regelung, daß der sogenannte schuldlose Teil die Kinder nicht ernähren darf, ist zu scharf.

Das heutige Ehescheidungsrecht hat viel Elend, Verzweiflung und seelischen Schmerz verursacht. Die Reformvorläufe sind aus tiefer Erkenntnis geboren. Es stellt eine tiefe Krise zwischen Leben

Die mysteriöse Mainz Spionageaffäre

Nachrichtendienst der „Wollischen Zeitung“

Dr. Frankfurt a. M., 1. Dezember

Die französische Besatzungsbehörde hat in Mainz im Zusammenhang mit der gefahren von einem gemeldeten angeblichen Spionageaffäre eine weitere Verhaftung vorgenommen. Es handelt sich um einen gewissen Friedrich, der als „Oberheimatler“ bezeichnet wird. Über die Persönlichkeit dieses Friedrich konnte bisher überhaupt nichts bekannt werden.

Sicherlich handelt es sich um die sogenannte Spionageaffäre eine mysteriöse Angelegenheit. Die Besatzungsbehörde hält sich vollständig in Schwärzen. Sie führt die Untersuchung unter strengstem Ausschluss der Öffentlichkeit. Erst auf wiederholte Anfragen hat sie mitgeteilt, die Verhaftungen seien auf Grund der Ordnung Nr. 1 (Schwärzung der Ehescheidung der Besatzungsgruppen) erfolgt. In einem Punkt hat sich jedoch eine Aufklärung in den Diensträumen einer deutschen Weisungsbehörde, dem Reichswehrministerium, vorgenommen, ohne dem verantwortlichen Leiter dieser Dienststelle vorher in Kenntnis zu setzen. Überzeugungsamt Lang, der Leiter dieser Weisungsbehörde, hat sofort gegen diese Verletzung des Subjektiven Privats beim französischen Generalstab eingeschrieben.

Bei dieser Gelegenheit sind auch zwei Arbeiterkassen — handelt es sich neben dem Infanterie Reich hauptsächlich um Eisler und Angestellte, die in Gebäuden beschäftigt waren, in denen Angehörige der Weisungsarmee wohnten. Es scheint aus dem Bericht der Weisungsbehörde hervorzugehen, daß man sie beschuldigt, Schriftstücke aus den Offizierswohnungen entwendet zu haben, die sich angeblich zu Gruppenverhandlungen im besten Interesse der Weisungsbehörde zu schreiben sollen. Dem Weisungsamt Friedrich angelegt worden sein.

Es ist aber kaum anzunehmen, daß französische Offiziere wichtige Dokumente derartig leichtfertig aufheben, daß sie in eigene deutsche Hände in die Hände fallen. Die sofortige Entlassung der Angeklagten scheint daher zu sprechen, daß die Besatzungsbehörde einer unbegründeten Denunziation zum Opfer gefallen ist.

Das soll es überhaupt für Arbeit für deutsche „Spione“ im besten Interesse sein. Die Truppenverhältnisse in Mainz sind nach wie vor in aller Öffentlichkeit. Wer sich für diese Dinge interessiert, hat es wirklich nicht nötig, sich eines „Spionageapparats“ zu bedienen. Es ist einfach lächerlich, anzunehmen, daß deutsche Behörden sich für solche „Oberheimatler“ interessieren können. Jedemfalls läßt sich sagen, daß das, was bisher aus der Voruntersuchung bekannt werden ist, nicht nach einer großen Affäre aussieht.

Freundschafts- und Handelsvertrag Rom-Beijing

Zwischen Italien und China ist ein Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen worden, der infolgedessen von Bedeutung ist, als er als erster den Beziehungen Ostasien auf Weltkarte einzuzeichnen vermag.

dessen Abstammung und Weiterbau gemäßigt wird, indem man eine durch die Lage der Hamburger und preussischen Häfen gegenwärtigen vorerregte Verteilung der Aufgaben vorzuziehen. Etwas Grundübles kann eben aus diesen Verhandlungen nur herausgeholt werden, wenn man in dem Zusammenhang die Weltöffentlichkeit vorzuziehen. Dafür ist eine gewisse Weltöffentlichkeit notwendig. Dafür ist eine gewisse Weltöffentlichkeit notwendig. Dafür ist eine gewisse Weltöffentlichkeit notwendig.

Es ist auch zu erwarten, daß die Hamburger Verkehrsverbindungen sich nicht nur auf den Hamburger Hafen beschränken werden, sondern auch auf den Hamburger Hafen beschränken werden. Es ist auch zu erwarten, daß die Hamburger Verkehrsverbindungen sich nicht nur auf den Hamburger Hafen beschränken werden, sondern auch auf den Hamburger Hafen beschränken werden.

Die Erleichterung der Ehescheidung

Beratung im Reichstage

Im Reichstage wurde heute die Debatte über die Erleichterung der Ehescheidung fortgesetzt.

Dr. Janemann (Stat.): Die Ehescheidungsreform ist bisher von jeder Regierung historisch behandelt worden, keine hat sich so recht heranzutraut. Die Regelung kann sich nur auf dem „Ehescheidungsprinzip“ aufbauen, „Experimente machen wir nicht mit.“ Abgeordnet Herr Weber (3): Frau heute nicht nur nicht nur nicht als Unverderblichkeit. Wir haben bei dem Problem des höchsten Ehescheidungsrechts das Wohl des gesamten deutschen Volkes im Auge und führen uns nicht an fidele Dogmen gebunden. Aber die Familie ist für uns Grundlage unserer sittlichen Weltanschauung.

Wir sind Gegner dieser Ehescheidungsreform, weil wir nicht den einzelnen Fall an die Spitze stellen wollen, sondern das Gesamtwohl des Volkes, dessen Grundlage die Ehescheidung war ein Schritt weiter zur Amerikadiktatur, die wir nicht wünschen für unser Volk. Denn man sagt, daß die wirtschaftliche Krise die Ehe zerstört, so sage ich, wirtschaftliche Krise muß man mit wirtschaftlichen Mitteln bekämpfen, aber nicht durch eine Ehescheidungsreform.

Die Vorhülle über die Ehescheidungsreform kommen aus der Öffentlichkeit. Für die Bevölkerung unserer Nation können wir nicht die grundsätzlichen Bedürfnisse als Maßstab anlegen. Die Frage der Frau in der Ehe wird größer bei Erleichterung der Ehescheidung. Wir halten am Ehescheidungsrecht. Die Ehescheidungsreform werden auch bei Erleichterung der Ehescheidung nicht verschwinden. Wir lehnen deshalb die Ehescheidungsreform ab. (Beifall beim Zentrum.)

Greifmann und Schacht

Nachrichtendienst der „Wollischen Zeitung“

Dr. Frankfurt a. M., 1. Dezember

In deutschnationalen Kreisen, namentlich Preussisch-nationalen, wird während der letzten Tage Artikel erschienen, die kaum bestritten werden, daß zwischen den beiden Männern ein Kampf um die Vertiefung der Reparationsfragen stark Meinungsverschiedenheiten entstanden seien und daß deshalb beabsichtigt werde, Dr. Schacht nicht zum deutschen Mitglied der Sachverständigenkommission zu ernennen. Alle diese Artikel stammen offensichtlich aus der gleichen Quelle, vermutlich aus einer Drogenbürozentrale. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß die Meinungen und die davon resultierenden Kombinationen „überhaupt kein Recht gegenüber“ seien. Die Frage der Ernennung ist eine Meinungsverschiedenheit zwischen Greifmann und Schacht über die deutsche Stellung zur ungenügenden Lösung des Reparationsproblems. Die deutsch-nationale Stimmungsmache ist darauf bedacht, noch vornehmlich zu suggerieren, daß der Reichsaußenminister sich entgegenkommender zeigen wolle als die deutschen Finanzverwaltungskreise. Daß damit dem Verhandlungsprozess ein Gefallen geschieht, ist deutsch-nationale Patrioten annehmend nicht.

Schäpe über Kurich

Nachrichtendienst der „Wollischen Zeitung“

Dr. Frankfurt a. M., 1. Dezember

Auf der Provinzialversammlung des Bundes des Schleswig-Holstein sprach Reichswehrminister a. D. Schäpe über „Able und Aufgaben des Reichsbundes“. Man wisse, so sagte er, die politische Macht anzuwenden, die sich jedoch mit den „nationalen Bestrebungen“ in der Reichswehr identifizieren, wohl aber ist für eine Umgestaltung der eigenen Staatsform mit allen gesetzlichen Mitteln.

„Wilhelm Tell“ in Straburg

Nachrichtendienst der „Wollischen Zeitung“

Dr. Frankfurt a. M., 1. Dezember

Als gestern abend die Truppe des Kaiser-Stadthauptes vor bildhaffem Josef Schillers „Wilhelm Tell“ im Straburger Stadthaus aufgeführt, kam es bei gewissen Stellen des Hofes, die insgesam in heimatschutzlichen Sinne anzunehmen waren, zu Demonstrationen durch eine autonomistische Gruppe von Musikern. So wurde namentlich die Ritt-Gruppe bei den Worten „Wir wollen sein ein einzig Volk von Weibern, in keiner Tat uns trennen noch Gesahr“ immer wieder durch eine demagogischen Beifall und Gerate unterbrochen. Schließlich sprach ein Teil der Demonstranten die Schwärze mit. Nach Schluß der Aufführung wurde die Vorstellung durch die Musikern an verschiedenen Demonstrationen.

Weiter Verlauf der Börse

Kurse gegen 12.45 Uhr

Daimler 84,75, Hoesmer 100, ...
Hank 10, A. G. 192,75, Geisfeld 280, ...
Hank 10, A. G. 192,75, Geisfeld 280, ...

verein 145, Darmstädter 101, ...
Hank 10, A. G. 192,75, Geisfeld 280, ...

Am Preisen- und Stiegenmarkt auf allen Böden ...
Hank 10, A. G. 192,75, Geisfeld 280, ...

8. und 14. März 1925, ...
Hank 10, A. G. 192,75, Geisfeld 280, ...

Wochens. 30. November, ...
Hank 10, A. G. 192,75, Geisfeld 280, ...

Termin-Notierungen

Table with columns for currency types (e.g., Reichsmark, Goldmark) and their respective rates.

Amfliche Kurse der Berliner Börse vom 1. Dezember 1925

Table listing various stocks and their prices, including companies like Siemens, AEG, and others.

Portfall-Notierungen

Table listing interest rates for various financial instruments.

Festverzinsliche Werte

Table listing fixed interest rates for various bonds and securities.

Verkehr

Table listing exchange rates and other financial data related to trade.

Konvert. Obligg.

Table listing convertible bonds and their values.

Ann.-Stammaktien

Table listing annual share certificates and their prices.

Industrie

Table listing industrial stocks and their market prices.

Ann.-Einsch.-Akt.

Table listing annual share certificates with specific conditions.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Aktien

Table listing various types of shares and their prices.

Banken

Table listing bank stocks and their market values.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Ohne Zinsberechnung

Table listing shares without interest calculation.

Overall summary and closing remarks for the market report.